

Aboenheitspreis:
Im ganzen deutschen Reiche: 15 Mark. An das halbe des deutschen
Jährlich: 4 Mark 50 Pf. Reicher tritt Post- und
Stempelzuschlag hinzu.
Klassenzahl: 10 Pt.

Inschriftenpreis:
Für den Raum einer gespaltenen Postseite 10 Pf.
Unter „Eingesandt“ die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernsatz 20 % Aufschlag.

Erscheint:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abends für den folgenden Tag.

Amtlicher Theil.

Dresden, 23. Februar. Ihre Majestät die Königin sind heute Nachmittag 2 Uhr 25 Min. über Leipzig und Frankfurt a. M. nach Mentone gereist.

Nichtamtlicher Theil.

Übersicht:

Telegraphische Nachrichten.
Zeitungskran. (Provinzial-Correspondenz, Volks-Zeitung, Badische Landpost.)
Tagesgeschichte. (Dresden, Berlin, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Bielefeld, Wien, Budapest, Paris, Bern, London, St. Petersburg, Riga, Alexander.)
Dresdner Nachrichten.
Provinzialnachrichten. (Leipzig, Weissen.)
Bermischtes.
Statistik und Volkswirtschaft.
Tageskalender.
Inserate.

Beilage.

Börsennachrichten.
Telegraphische Witterungsberichte.

Telegraphische Nachrichten.

London, Mittwoch, 22. Februar, Abends. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Beratung der Angelegenheit Bradlaugh's fortgesetzt.

Der Premier Gladstone erklärt, daß Bradlaugh sich des flagranten Ungehorsams schuldig gemacht habe. Er glaubte aber, daß Haus würde seine Befreiung überreichen, wenn es Bradlaugh nicht zulasse; man möge der Opposition die Aufgabe überlassen, geeignete Wahlregeln ausständig zu machen. — Northcote glaubt, daß Haus müsse sich ernstlich über die Haltung seines Verteidigers beklagen (Behöll), und verlangt, daß der Sergeant at arms angewiesen werde, Bradlaugh zu verhindern, die Barre während der Beratungen zu überstreichen. — Zwischenzeitlich erschien Bradlaugh und nahm seinen Platz ein. — Der Sprecher ließ die Aufmerksamkeit des Hauses auf diesen neuen Ungehorsam Bradlaugh's. — Da Gladstone eine Eintheilung ablehnte, so ersuchte ihn Northcote, seine Motion zurückzuziehen und dieselbe durch folgende Motion zu erheben:

„Da Bradlaugh der Autorität des Hauses Ungehorsam entgegensteht und die Autorität des Hauses mißachtet habe, indem er verlangt, einen Eid in unregelmäßiger Weise zu leisten, so ist er aus dem Hause auszuweisen.“

Diese Motion wurde mit 291 gegen 83 Stimmen angenommen. Bradlaugh stimmte mit der Minorität. Gladstone enthielt sich der Abstimmung.

Die Neuwahl an Stelle Bradlaugh's wurde angeordnet. Bradlaugh verließ hierauf das Haus.

Fenilleton.

Redigirt von Otto Banz.

R. Hoftheater. — Elftahti. — Am Samstagabend, den 22. Februar, fand das alljährliche große Concert zum Besten des Unterstützungsfonds für die Witwen und Waisen der Königl. Kapelle unter Direction des Hen. Kapellmeisters Dr. Wüllner statt. Die allgemeinste Teilnahme der Musikknechte war für dieses Concert durch die Mitwirkung eines so seltenen wie geschätzten Gastes des Hen. Dr. Johannes Brahms gewonnen, der mit warmer Begeisterung empfangen wurde. Er spielte sein zweites Klavierconcert (B-dur) und diesem folgte die Aufführung seiner Komposition der „Ränke“ von Schiller für Chor und Orchester. Brahms' Compositionen bieten uns stets Geist, Tief- und Eleganz des Inhalts vereinigt mit harmonischer und contrapunktischer Kunst der Technik und Gestaltung; sondern aber oft infolge der stark ausgeprägten Individualität ihres Charakters vom Hören für Verständnis und Empfindung eine Anstrengung und Hingabe, wofür der Lohn wahren, immerlich befriedigenden Genusses ausbleibt. Auch in den ersten beiden Sätzen — namentlich im ersten — des Concerts scheint mir die musikalische Denkarbeit der Erfindung, freien Gedankenentwicklung und warmen Empfindung den Vorhang abgeworfen und hat, statt zu dienen, die Herzlichkeit angemahnt zu haben. Mit Vortheil wohl für Kunstvoll, eigentlich reizende Details bildende Durchführung, nicht aber für Klarheit, einheitlichen Fluss und für große Dianen der Structure. Erst durch

Der irische Agitator Michael Davitt, welcher sich zur Zeit in Haft befindet, ist in Freiheit ohne Opposition zum Mitgliede des Unterhauses gewählt worden.

Konstantinopel, Mittwoch, 22. Februar, Abends. (W. T. B.) Zu Ehren der außerordentlichen preußischen Gesandtschaft fand gestern auf der deutschen Botschaft ein Diner statt. Heute besuchte die Gesandtschaft das Schauspiel und andere Sehenswürdigkeiten und speiste bei dem Ministerpräsidenten Said Pascha.

Dresden, 23. Februar.

Anhänglich an die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus über die Regierungspresse, bringt die neuere „Provinzial-Correspondenz“ unter dem Titel: „Der Ton der Provinzial-Correspondenz“ folgenden Artikel: „Die Mittel, welche die Regierung absichtlich für das Literarische Bureau gewährt werden, sind ihr auch in diesem Jahre bewilligt worden. Die Fortschrittspartei und ihr Anhang machen die größten Anstrengungen dagegen, die Weisheit war jedoch der Ansicht des Ministers des Innern, daß dem Staatsministerium jeder Regierung die Mittel für die Aufgaben gewährt werden müssen, welche das Literarische Bureau zu erfüllen hat, nämlich einerseits, die Regierung von der öffentlichen Meinung, soweit sie in den Zeitungen erkennbar ist, zu unterrichten — und andererseits der Bevölkerung von den Aufsätzen und Ansichten der Regierung, soweit möglich, Kenntnis zu geben. Der Grund, weshalb die Fortschrittspartei, welche übrigens niemals diese Mittel gewilligt hat, besonders dies Mal dagegen erfordert, war die angeblich ungemeinste Haltung, welche die ganze Regierungspresse und namentlich auch die „Provinzial-Correspondenz“ während der letzten Wahlbewegung eingenommen habe. Gewiß war der Ton, in welchem der Wahlkampf dieses Mal betrieben wurde und dem sich auch die entgegenstehenden Blätter nicht durchaus entzogen haben, sehr zu belägen, — aber die Fortschrittspartei und ihre Freunde sind, wie im Abgeordnetenhaus nachgewiesen wurde, um wenigstens berechtigt, darüber Beschwerde zu führen; denn diese Partei hat durch ihre Organe, Flugblätter u. s. m. diesen Ton in die ganze Bewegung gebracht, und gerade ein Abgeordneter, der jetzt von offizieller Entrüstung über diesen Ton, soweit er nämlich auch von den Gegnern angeklagt wird, überfließt, steht jenen fortgeschrittenen Blättern sehr nahe. Es ist offenbar ein Vorwurf, der die ganze liberale Partei trifft, daß sie ihre gesammte Wahl-agitation den bestigsten, leidenschaftlichsten Geistern allein überlassen hat, und wenn man jetzt beispielweise den Conservativen und der Regierung Anstandslehrer giebt, so hätte es jedenfalls viel näher gelegen, die Wohnungen zur rechten Zeit an die Agitatoren von der Fortschrittspartei zu richten. Davor ist aber nie etwas zu hören gewesen. Dass die Regierungspresse nun besonders lebhaft gegen die Fortschrittspartei auftrat, hatte seinen Grund darin, daß seit der Parteibewegung, welche nach der Trennung der bisherigen Linken von den Nationalliberalen entstand, und besonders seit den Wahlen in Altenburg, Löbau u. s. m. die Sache nahe lag, daß die heftigste Fortschrittspartei wieder die unehrfähigsten Gruppen des Liberalismus befehdete. Der Führer der gemäßigten Liberalen saß noch vor einem Jahre selber die Lage ebenso auf; „die Secessionisten“, sagte er, „können heute noch nicht sehen, wie weit sie getrieben werden. Die Fortschrittspartei ist offenbar bemüht, sie in immer weitere Opposition zu drängen.“ Es kam daher darauf an, die Thesen der Fortschrittspartei in der Zeit, wo sie das Abgeordnetenhaus beherrschte,

1861 bis 1866, ins Gedächtnis zu rufen, was in einer Reihe von Aufsätzen der „Provinzial-Correspondenz“ geschrieben ist. Dieselbe war überzeugt, nicht im Interesse einer Partei, vielmehr im Interesse des Landes zu handeln, mitin recht eigentlich ihre Flucht zu erfüllen, indem sie dazu beitrug, die Wiederkehr der damaligen Zustände zu verhindern. Wöhren überwiegend immerhin einzelne Ausdrücke in dem Urteil derselben als zu scharf und für ein Regierungsbatt nicht passend erscheinen — so könnte doch die Fortschrittspartei nur klagen, wenn sie die angeführten Thatsachen zu entkräften im Stande wäre. Diese sind aber durchwegs der strengsten Wahrheit entsprechend, und niemals haben die Gegner sie anzusehen genötigt. Auch der Minister des Innern hat bei der jetzigen Erörterung die Angreife sachlich in jeder Beziehung gerechtfertigt gefunden, nur „einzelne Ausdrücke in einzelnen Artikeln“ seien zu scharf gewesen in einem Regierungsbatt, welches eben mehr wie die Parteien die Pflicht habe, in der Form Recht zu halten; jene Ausdrücke seien nur „motiviert durch die Höhe des damals wogenden Wahlkampfes“. Der Minister schloß seine Rede mit einem Vorschlage an die Fortschrittspartei: „Ich werde darauf Bedacht nehmen und halte es für eine gebotene Pflicht, daß die „Provinzial-Correspondenz“, wie es ja auch geschieht, bei aller Schärfe der Abwehr und des Angriffs gegen die ihr gegenüberstehende Partei, bei Fortsetzung des Kampfes gegen die Fortschrittspartei die Formen, welche man auch dem politischen Gegner schuldig ist, wählt. Ihnen, meine Herren, schlage ich dagegen vor: Sorgen Sie dafür, daß in Ihrer Presse und in Ihren Versammlungen ebenfalls dauernd ein Ton eingehalten und be wahrt wird, welcher eine in angemessener Strenge und Formen stattfindende öffentliche Diskussion gestattet, — dann glaube ich, werden wir uns gegenseitig viel Verbrechen ersparen und dem Lande nützen.“ Das Versprechen des Ministers wird natürlich unbedingt, auch in der Höhe des Wahlkampfes, gehalten werden; die „Provinzial-Correspondenz“ wird, wie es ja grundsätzlich auch geschieht, bei aller Stärke der Abwehr und des Angriffs und bei Fortsetzung des Kampfes gegen die Fortschrittspartei die Formen wahren, die sie, zumal in ihrer Stellung, dem Gegner schuldig ist. Wollen auch die Widerläufer der Regierung den Wunsch des Ministers erfüllen helfen und nur dem Lande zu nützen suchen.“

So die „Provinzial-Correspondenz“. Die Organe der preußischen Fortschrittspartei stehen jedoch in erheblicher Weise die Polemik gegen die Regierungspresse fort, und leicht beispielweise die „Volks-Zeitung“, was grobes und plumpes Schimpfen anlangt, ihr Unzulängliches. Sie spricht von dem „verlogenem“ der Angreife der „Proc. Corr.“, von den „plumpe“ und „unverschämten“ Lügen, wie sie bisher in der „Proc. Corr.“ an der Tagesordnung waren, und schimpft mehr. Die Wahlen zum Reichstag hätten gezeigt, daß die Intelligenz des deutschen Volkes über die Verleumdungen und Lügen der offiziellen Presse ebenso erhaben sei, wie sein Geschmack über ihre Unzulänglichkeiten.“ Aber wir müssen, heißt es weiter, „daß der häßliche Schmähschlaf, den die offizielle Presse auf dem Scheide des deutschen Reichs darstellt, von denselben verschwindet.“ Diese Proben aus dem Phantasiereich der „Volks-Zeitung“ dürften wohl genügen, um einen ausreichenden Blick in die schönen Seele dieser zu thun, welche dem preußischen Fortschritt ihre Feder zur Verfügung stellen. Sowohl die Schimpferien der offiziellen Presse im Allgemeinen gelten, so därfen Dicierungen, welche sie angehören, nicht ohne einige olympische Heiterkeit sich von den Artikelsetzern als „Schmähschlaf“ dargestellt sehen. Wohl sämtliche Offizieren, welche an deutschen Regierungsbüroen beschäftigt sind,

werden jederzeit ihr Angesicht zeigen können, ohne daß dadurch der Verdacht entstehe, sie möchten infolge ihrer gesellschaftlichen Stellung und Herkunft Kreisen entstammen, in welchen man vorzugsweise am Schmähschlaf findet. Wer eine Geschichte der offiziellen Presse Deutschlands schreiben wollte, der würde von Martin Claudius an bis auf Eduard Döllner und die Geheimrat eine Reihe in der deutschen Literatur mit Ehren genannte Namen von Männern aufzählen können, die aus freier Überzeugung und in dem Be wußtsein, unabhängig von den Geldinteressen eines speculativen Zeitungswerlegers zu sein, der Regierungspresse ihre Kräfte widmeten. Ja die Geschichte der offiziellen Presse beginnt bereits mit dem geheimen Namen des Gründers der Buchdruckerfamilie selbst. In der Druckerei Gutenberg's in Elsleben am Rhein erschienen die Publicationen, in welchen Kurfürst Adolf von Mainz sein Recht vertheidigte, während bei Schöffer, dem Concurrenten Gutenberg's, die Ausgaben Dietrich v. Henning's, seines Rivalen, erschienen. So ist die Geschichte der offiziellen Presse so alt, wie die Geschichte der Buchdruckerfamilie selbst. Heute will man mit einem Male den Regierungen das Recht befreiten, ihre Ansichten in der Presse zu vertreten.

In der jüngsten Zeit wurden außer im preußischen und im badischen Landtag von einzelnen Abgeordneten heftige Angriffe auf die Regierungspresse gerichtet. Die Stellung und Haltung der Regierungspresse in diesen drei Ländern ist eine sehr verschiedene, und es würde zu weit führen, dies näher untersuchen zu wollen. Im Großherzogthum Baden sind es höchstens die Demokraten nicht allein, sondern auch die Conservativen, welche die Haltung der sogenannten Amtsverländigungsbüros entschieden missbilligen, so daß der Staatsminister Turban bemerkte,

„er halte es für bedauernlich, daß ein Amtsverländigungsbüro existiert, welches so viele Widerwärtigkeiten bereitet.“

Die conservative „Badische Landpost“ hebt z. B. den Unterschied hervor, welcher vorhanden ist, wenn eine Regierung sich nicht damit begnügt, durch eine kleine Zahl Blätter ihre Politik im Lande verbreitigen zu lassen, sondern den weit aus größten Theil der Landespresso für dienstbar zu machen weiß, wie es in unserm Lande durch das Institut der Amtsverländigung der Fall ist. Hier handelt es sich nicht mehr um Vertheidigung der Regierungspresse, sondern ganz allein um Beeinflussung des Volkswillens, und es ist dabei der Regierung stets in die Hand gegeben, nach Bedarf öffentliche Meinung zu machen.“

Allein mag auch bisher da und dort das Gute zu viel geschehen sein, das wird man wohl alleroft in Deutschland der Regierungspresse nachzuhören können, daß sie, getragen von dem Bewußtsein, nicht den Parteidienstleistungen der Gegenseite zu dienen, unter Anderem auch eine der schönen Seiten ihres Berufs darin erachtet, den Interessen einer ländlichen Bevölkerung und des Angriffs und bei Fortsetzung des Kampfes gegen die Fortschrittspartei die Formen wahren, die sie, zumal in ihrer Stellung, dem Gegner schuldig ist. Wollen auch die Widerläufer der Regierung den Wunsch des Ministers erfüllen helfen und nur dem Lande zu nützen suchen.“

So die „Provinzial-Correspondenz“. Die Organe der preußischen Fortschrittspartei stehen jedoch in erheblicher Weise die Polemik gegen die Regierungspresse fort, und leicht beispielweise die „Volks-Zeitung“, was grobes und plumpes Schimpfen anlangt, ihr Unzulängliches. Sie spricht von dem „verlogenem“ der Angreife der „Proc. Corr.“, von den „plumpe“ und „unverschämten“ Lügen, wie sie bisher in der „Proc. Corr.“ an der Tagesordnung waren, und schimpft mehr. Die Wahlen zum Reichstag hätten gezeigt, daß die Intelligenz des deutschen Volkes über die Verleumdungen und Lügen der offiziellen Presse ebenso erhaben sei, wie sein Geschmack über ihre Unzulänglichkeiten.“ Aber wir müssen, heißt es weiter, „daß der häßliche Schmähschlaf, den die offizielle Presse auf dem Scheide des deutschen Reichs darstellt, von denselben verschwindet.“ Diese Proben aus dem Phantasiereich der „Volks-Zeitung“ dürften wohl genügen, um einen ausreichenden Blick in die schönen Seele dieser zu thun, welche dem preußischen Fortschritt ihre Feder zur Verfügung stellen. Sowohl die Schimpferien der offiziellen Presse im Allgemeinen gelten, so därfen Dicierungen, welche sie angehören, nicht ohne einige olympische Heiterkeit sich von den Artikelsetzern als „Schmähschlaf“ dargestellt sehen. Wohl sämtliche Offizieren, welche an deutschen Regierungsbüroen beschäftigt sind,

deren Bewohner ihm die Sicherheit ihres Herdes und ihrer Habe haben, aber manches Fahrzeug zerstellt an den halbverborgenen Klippen, die nur der brodelnde Schaum dem Auge verdeckt. Kein Rauchthurm, kein Leichen warnst den Seefahrer; wohl jüngster der Uferwohner in stürmischen Nächten ein Feuer an auf der vom Lande leicht zugänglichen Spize des Felsengartels, zur Warnung, falls ein Fischer droben sein sollte; auch genügt dies, denn selbst nur verschlägt der Sturm ein Schiff in diese Regionen; die Insel liegt zwar nicht weit ab von der großen Fahrtstraße der nordischen See, aber die Schiffe wissen sie zu umgehen. Lange wird es jedoch nicht mehr dauern, und die Insel ist, wie alle anderen hier, eine Station für den Verkehr und ein Sammelplatz für den Gewinn und Vergnügungslustige verschiedener Nationen. Schon hat ein unternehmender Rößl an der Südküste eine Badeanstalt gegründet und dem kleinen Ort Wohlgang einen Namen gemacht. Dort hin bringen die Bewohner der rauhen Nordseite aus das Erträgnis ihres Fischfangs, dort verbindet Post und Telegraph die Insel mit dem Festlande, wohin die Fischer früher erst nach dreistündiger beschwerlicher Fahrt auf dem stets unruhigen Meer gelangten; aber Belehr hat sich dahin gezogen; die kleinen Boote und einzigen Schiffe im Innern und an der rauhen, steppenreichen Nordseite werden immer stiller und einsamer.

Dort wohnen kräftige Menschen, erkorkt im Kampfe mit Wind und Wasser; Fischer ist ihr einziges Gewerbe; aber nicht immer geht dieses allein nach dem Produkt des Meeres; die Fischer treibt oft herrenloses Gut an den Strand, und Mancher ist schon über

*) Unterdrückter Nachdruck verboten.

Dresdner Journal.

Verantwortliche Redaktion: Oberredakteur Rudolf Günther in Dresden.

Inseratenannahme auswärts:
Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissair des Dresdner Journals;
Hamburg-Berlin-Wien-Lipsig-Basel-Frankfurt a. M.: Haasestein & Vogler; Berlin-Wien-Karlsruhe-Prag-Lipsig-Frankfurt a. M.-München; Rud. Moes; Berlin: Inselbladenz; Bremen: E. Schröder; Brüssel: L. Stango's Bureau (Eduard Kuboth); Frankfurt a. M.: E. Jäger'sche Buchhandlung; Görlitz: G. Müller; Hannover: C. Schröder; Paris-Berlin-Frankfurt a. M.; Stuttgart: Duale & Co.; Hamburg: Ad. Steiner.

Herausgeber:
Konigl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingergasse No. 20.